

Ursula von der Leyen will künftig auch gewerbliche **Kitas** bezuschussen – Es gibt sie bereits, zum Beispiel in Stuttgart

Geld verdienen mit Kindern

VON
GABRIELE RENZ, STUTTGART

Ashley Dixon kommt mit einem Papp-teller ins Zimmer. Farbkleckse sind darauf. „We make Orange“, sagt sie und verrührt mit dem Pinsel Gelb und Rot. „Orange“ wiederholt der zweieinhalb-jährige Jay. Schnell sind die Handflächen eingepinselt, die Abdrücke am Fenster sollen die Blumenkelche sein. „Make a flower“, sagt Miss Dixon. „Flower“, plappert Jay nach. Der kleine Inder besucht seit vier Wochen die Kindertagesstätte „Little Giants“. Es ist eine Kita-GmbH.

Die Gruppenräume sind groß, hell und bunt. An den Wänden hängen Buchstaben. A wie Apple, P wie Puppy. Dass Jay und Carlos und Mia englisch angesprochen werden, gehört zum Konzept. Auch das tägliche Turnen, die Übungen des Fingeralphabets, das Malen von Buchstaben. Bei den „Kleinen Riesen“ gibt es kaum Freispielzeit, erzählt die Leiterin Isabelle Stolte. Mindestens eine Stunde Englisch steht selbst bei den Einjährigen auf dem Programm. „Was macht Ihr mit denen?“ werde sie oft von Kolleginnen anderer Einrichtungen gefragt, erzählt die studierte Sozialpädagogin. Stolte spürt die Skepsis. Man arbeite kindgerecht, beteuert sie. Maximal zehn Minuten Konzentration, dann Spielzeit oder Singen. Bei den „Little Giants“ gibt es selbstverständlich Berichtshefte. Die Eltern, oft ausländischer Herkunft, können den Tag ihrer Kleinen darin mühelos nachvollziehen. Und wollen das auch. Sie sind das aus Frankreich, aus England oder den USA so gewohnt.

Geld gegen Leistung. Mit Kinderbetreuung Geld verdienen. Das hat hierzulande, wo Reste des Mutterkults noch immer Betreuungsdebatten befeuern, einen seltsamen Beige-



Mit Kinderbetreuung kann man auch Geld verdienen. Familienministerin von der Leyen fördert das.

schmack. Zur Einführung der Bildungspläne an Kindergärten wurde gemahnt, man möge die Kleinen nicht überfordern. „Verschulung“ glich einem Kampfbegriff. Nach dem Konzept vieler privater Kita-Anbieter wäre der Verzicht auf Frühförderung indes unterlassene Hilfeleistung. So sehen das inzwischen immer mehr Eltern und Erziehungswissenschaftler.

Jelena und Peter Wahler gründeten ihre Kita-GmbH Ende 2007 mitten in der Stuttgarter Innenstadt. 1000 Qua-

dratmeter mit Freifläche in einem grauen 70er Jahre-Block, an dem Straßenbahnen vorbeifahren, unweit die Stadtautobahn. Aber da ist auch der Schlossgarten, die Staatsgalerie, der Zoo. Das pralle Leben. Schon die Kleinsten gehen ins Museum oder ins Theater, hören Bach, um mathematisches Verständnis zu fördern. Klingt nach überdrehter Elitförderung, nach Betreuung der Luxusklasse.

So aber wollen die Wahlers ihr Angebot nicht verstanden wissen. Aus

den USA zurückkehrend, suchten der Maschinenbau-Ingenieur und die Unternehmensberaterin für ihre Tochter eine Kombination aus frühpädagogischer Bildung und langen Öffnungszeiten. Fehlanzeige. Als der Sohn auf die Welt kam, gründeten sie die Kita selbst. Bislang bekommen sie keine staatlichen Zuschüsse. Die Elternbeiträge sind entsprechend hoch: Fünf Tage von 7.15 Uhr bis 18.30 Uhr kosten 1090 Euro monatlich, wenn das Kind im Säuglingsalter ist.

Peter Wahler ist froh über Ursula von der Leyens Vorstoß. Die Bindung an Gemeinnützigkeit sei „völliger Unsinn“. Er verdiene mit der Einrichtung seinen Lebensunterhalt, na und? „Man muss auch dazu stehen, was man macht.“ Er wünscht sich ein „Umdenken“ in Deutschland. Es sei ja nicht so, als böten städtische oder kirchliche Einrichtungen nur herausragende Qualität an, argumentiert Wahler. Der Zwang zur Gemeinnützigkeit garantiere nichts. Wie um-

Krippenförderung

Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) will die Förderung gewerblicher, privater Kitas mit dem neuen Kinderfördergesetz verankern. Bund, Länder und Gemeinden sollen in den nächsten sechs Jahren bis zu zwölf Milliarden Euro in den Ausbau der Kinderbetreuung investieren. Damit will von der Leyen erreichen, dass bis 2013 für jedes dritte Kleinkind ein Kitaplatz zur Verfügung steht: Insgesamt bundesweit 750 000.

Baden-Württemberg

2003 stieg der Staat in die Krippenförderung der unter Dreijährigen ein. Damals war Gemeinnützigkeit der Einrichtung Voraussetzung. 2006 wurde dieser Passus gestrichen. Voraussetzung für eine staatliche Förderung ist, dass die Einrichtung in die kommunale Bedarfsplanung aufgenommen wurde.

Kritische Stimmen

Mit einer staatlichen Förderung privater Kindertagesstätten bekommen staatliche und kirchliche Träger Konkurrenz. Doch nicht nur sie wehren sich gegen den Plan, gewinnorientierte Kindertagesstätten zu bezuschussen. Auch die SPD-Fraktionsvize im Bundestag, Christel Humme, fürchtet „schwere Verwerfungen in der gemeinnützigen Trägerlandschaft“. Aktuell lehnt die bayrische SPD-Landtagsfraktion eine „Kommerzialisierung der Kinderbetreuung“ ab. Bildung dürfe „keine Kaufware“ sondern müsse ein Grundrecht sein. (gar/Bild:dpa)

gekehrt auch nicht alle privaten Anbieter besser seien. So sieht das auch das baden-württembergische Sozialministerium. Kita-Förderung ist längst nicht mehr an Gemeinnützigkeit gekoppelt. Aber in den Kommunen geht es eben auch um die Verteilung des Kuchens. „Little Giants“ bietet einen Betreuungsschlüssel von 2:1 und drei englische Muttersprachlerinnen. Das erhöht den Druck auch auf die kommunalen und kirchlichen Kitas. Und auch die private Konkurrenz schläft nicht. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung stellt mit gut zwei Prozent für 2006 einen „kleinen, aber wachsenden Anteil“ gewerblicher Kitas fest. Mit jeder Pisa-Studie stieg bislang die Nachfrage. Von der Leyens Plan, über die Zu-

„Ich verdiene mit der Einrichtung meinen Lebensunterhalt, na und?“

Kita-Unternehmer Peter Wahler

schüsse an Private mehr Krippenplätze zu schaffen, könnte deshalb aufgehen. „Das Geld geben wir an die Eltern weiter“, sagt Wahler. 640 Euro sind das pro Platz und Monat. Damit wird sein Angebot etwas erschwinglicher. Ein städtischer Kindergartenplatz kostet etwa 1300 Euro. „Da sind wir billiger“, rechnet der Geschäftsführer den Kommunen vor. In Kürze eröffnen „kleine Riesen“ in München, Frankfurt und Nürnberg. Rund 50 sind geplant. „Die Entscheidung, zu wachsen, war eine wirtschaftliche, wir haben gesehen, dass sich mit Betreuung Geld verdienen lässt.“ Mit dem teilweisen Unverständnis leben die Wahlers. Doch sie sind überzeugt: Da wird sich einiges tun in Deutschland. Börsennotierte Kita-Anbieter wie in den USA wird es aber noch eine ganze Weile nicht geben.